



Stadt Aarau

Protokoll des Einwohnerrates

8. Sitzung 2011

vom Montag, 17. Oktober 2011, 19.00 Uhr, im Grossratssaal

Vorsitzende

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin

Anwesend

48 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

Dr. Martin Gossweiler, Stadtschreiber

Madeleine Schweizer, Leiterin Abteilung Finanzen und Liegenschaften

Ernst Schneider, Leiter-Stv. Abteilung Finanzen und Liegenschaften

Matthias Mundwiler, Controller

Max Becker, Präsident der Schulpflege

Véronique Persson, Mitglied der Schulpflege

Protokoll

Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend

Ursus Waldmeier, Einwohnerrat

Thomas Hächler, Einwohnerrat

Traktanden

	Seite
1. Mitteilungen	281
2. Anfragen	282
3. Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde Aarau	283

87. Mitteilungen

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur 8. Einwohner-ratssitzung 2011. Wie immer am Anfang bitte ich wiederum um faire, kurze und sachliche Voten. Ich durfte den Einwohnerrat an folgenden Anlässen vertreten: Dankesessen des Kaval-lerie- und Reitvereins Aarau, MAG-Eröffnung, gemeinsam mit dem Vizepräsidenten Marc Dübendorfer sowie 75-Jahre-Jubiläum des Aargauischen Blindenfürsorgevereins. Ein herzli-ches Dankeschön möchte ich an Stadtrat Beat Blattner und seinem Team für die Organisation der Aktivitäten zur 25-jährigen Städtepartnerschaft mit Reutlingen weitergeben.

Traktandum 2

88. Anfragen

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

89. Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde Aarau

Mit Botschaft vom 5. September 2011 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden

Antrag: *Der Voranschlag der Einwohnergemeinde Aarau mit den Globalaufträgen der Produktgruppen für das Rechnungsjahr 2012 sei mit einem Steuerfuss von 98 Prozent zu genehmigen.*

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Auf die Beratung dieses Geschäftes müssen wir eintreten. Im Voraus möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen für die offene Kommunikation der Anträge bedanken. Dadurch konnte eine transparente Planung vorgenommen werden. Es liegen nahezu 50 Anträge vor. Im Sinne einer effizienten Sitzung bitte ich wirklich dringend darum, kurze, prägnante und sachliche Voten zu halten. Wir werden den Voranschlag wie folgt beraten: Wir beginnen mit den Kommissionsreferaten der FGPK und der Sachkommission. Es ist bekannt, dass ein Rückweisungsantrag der SVP vorliegt, über den wir abstimmen werden. Je nach Abstimmungsresultat werden wir in die Diskussion über den Voranschlag einsteigen oder auch nicht. Den genauen Ablauf der Diskussion werde ich dann bekanntgeben. Wie dem Protokoll entnommen werden konnte, wird die FGPK heute Abend zwei Sprecher haben.

Susanne Heuberger, Präsidentin FGPK: Mit dem Voranschlag 2012 hat sich die FGPK anlässlich der Sitzung vom 21. September 2011 detailliert und engagiert auseinandergesetzt. Die kurze Orientierung über den Verlauf der Sachkommissionssitzung vom Vortag durch ihren Präsidenten, Hans Fügli, hat einer ganzheitlichen Sicht auf das Budget gedient. Als Auskunftspersonen durften wir Herrn Stadtammann Marcel Guignard und von der Abteilung Finanzen deren Leiterin, Frau Madeleine Schweizer sowie den Controller, Herrn Matthias Mundwiler, begrüßen. Herzlichen Dank für die kompetente Begleitung und Unterstützung. Für die umsichtige Protokollführung besorgt war einmal mehr der Vizestadtschreiber Stefan Berner. Es ist mir wichtig, an dieser Stelle auch ihm für seine wertvolle und sorgfältige Hintergrundarbeit bestens zu danken. Es war dieses Mal besonders kompliziert. Einleitend ein paar generelle Bemerkungen zum präsentierten Voranschlag: Der städtische Finanzhaushalt wird sich auch 2012 weiterhin markant in Schieflage befinden und ist erneut auf rasanter Tal-fahrt. Die Ansprüche an den Budgetierungsprozess sind gestiegen, damit verbunden auch die Verantwortlichkeit gegenüber dem Stimmbürger und Steuerzahler. Budgetiert ist ein Finanzierungsfehlbetrag von 23,5 Millionen Franken. Dies bedeutet eine weitere substanzielle Abnahme des Nettovermögens. Nachdem wir bereits im laufenden Jahr ähnlich hohe Verluste auffangen müssen, verringert sich der Bestand des Nettovermögens per Ende 2012 klar unter die Grenze von 100 Millionen Franken. Somit können die erst vor wenigen Jahren definierten Grenzwerte bezüglich Vermögenserhalts augenfällig nicht mehr eingehalten werden. Fakt ist: Die finanzielle Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben ist seit längerem verloren gegangen. Eine nachhaltige Trendwende ist nicht in Sicht. Auch mit der uns vom Stadtrat beantragten Anhebung des Steuersatzes um 4 % auf 98 %, und damit auf den Stand von 2007, sowie den von der Exekutive eingeleiteten Sparbemühungen, kann keine Stabilisierung des städti-

schen Haushalts erreicht werden. Das erstrebenswerte Ziel wird auch 2012 klar verfehlt. Erneut ist eine Steigerung des Nettoaufwandes zu verzeichnen. Der Stadtrat hat sich zwar bemüht, dieser Negativentwicklung korrigierend entgegenzuwirken. Die gemachten Kürzungen sind, gemessen am Gesamtaufwand, aber bescheiden ausgefallen und greifen nur kurzfristig. Vergleicht man die Einsparungen mit den, aufgrund von Gesetzesänderungen zwingend neu oder höher anfallenden Pflichtbeiträgen, ist der Spareffekt gänzlich verpufft und nicht mehr gegeben. Kurzfristig werden wir heute ja auch zusätzliche Beiträge an die Spitalfinanzierung in der Höhe von rund 1,2 Millionen Franken ins Budget aufnehmen müssen. Diese notwendige Korrektur ergibt sich aus den bereinigten Berechnungen des Kantons. Auch beim Investitionsvolumen wird erneut ein Zuwachs ausgewiesen. Das Volumen soll eine neue Rekordhöhe von gegen 30 Millionen Franken erreichen. Als Folge der hohen Investitionssumme liegt der Selbstfinanzierungsgrad sehr tief. Der bescheidene Wert wird auch durch eine allfällige Steuerfusserhöhung um 4 % und dem daraus erwarteten Mehrertrag von rund 2,4 Millionen Franken nicht markant zu steigern sein. Bereits die angeregt und kontrovers geführten Diskussionen in der FGPK zeigen auf, dass der Voranschlag 2012 eine Fülle an explosivem Zündstoff und ausgiebigen Reibungsflächen bietet. Der Inhalt des ausführlichen Kommissionsprotokolls ist Ihnen bekannt. Eingehen werde ich nachfolgend nur noch auf die wichtigsten Gesprächspunkte sowie auf unsere vom Voranschlag abweichenden Anträge. Vertieft diskutiert haben wir unter anderem über die vom Stadtrat eingeleiteten Sparmassnahmen. Dabei hat sich gezeigt, dass die vom Einwohnerrat im Juni überwiesene Planungserklärung bezüglich Reduktion des Nettoaufwands aus terminlichen Gründen noch nicht in das Budget Eingang gefunden hat. Generell sind die ersten Kostensenkungsbemühungen der Exekutive erfreut zur Kenntnis genommen worden. Für einen Teil der Kommission entfalten diese aber zu wenig Tiefenwirkung und es ist gefordert worden, gezielt weiteres Sparpotenzial zu suchen und auch auszuschöpfen. Ein in diesem Sinne von Mario Serratore gestellter Antrag auf Rückweisung des Budget 2012 ist mit 5 zu 3 Stimmen knapp abgelehnt worden und hat aufgezeigt, dass in der FGPK die Sorge um einen Leistungsabbau überwogen und kommissionsintern die Bereitschaft für weitere finanzielle Aderlasse keine Mehrheit gefunden hat. Umgekehrt hat unsere Kommission beschlossen, Ihnen im Zusammenhang mit dem vom Stadtrat umgesetzten Sparvorschlag, auf zwei Einwohnerratssitzungen zu verzichten, einen Abänderungsantrag zu unterbreiten. Mit diesem Antrag verfolgen wir das Ziel, dass auch im neuen Jahr die bisherige Anzahl Sitzungen beibehalten wird. Die konkrete Begründung werde ich Ihnen in der Detailberatung nachliefern. Weiter hat sich die FGPK stark dafür interessiert, welche zusätzlichen mittel- und langfristigen Stabilisierungsmassnahmen der Stadtrat im angekündigten, grösser angelegten Sparprozess ausarbeiten und allenfalls dem Einwohnerrat vorlegen will. Darüber hatte er am 17. September 2011 in einer Klausurtagung beraten. Weil eine Kommunikation der Beschlüsse zuerst verwaltungsintern und erst nach den Herbstferien hätte erfolgen sollen, haben wir keine Detailinformationen erhalten. Bekanntlich hat der Stadtrat im Nachhinein seine Kommunikationsstrategie geändert und einen ersten Bericht über das Projekt "stabilo" veröffentlicht. Eine Auseinandersetzung mit dem Bericht ist für unser Gremium nicht möglich gewesen und lässt aus diesem Grund heute eine inhaltliche Wertung nicht zu. Bekanntlich sind mit dem Voranschlag 2012 die Globalaufträge aller 35 Produktgruppen zu verabschieden. Sie sind auch neu budgetiert worden. Wie gewohnt werden sowohl ein- als auch zweijährige Globalaufträge beantragt. In Anbetracht der instabilen Finanzlage ist kommissionsintern angeregt worden, ausnahmsweise nur einjährige Budgets zu bewilligen. Der Spielraum zur Realisierung von Einsparungen erscheint damit grösser und hält tendenziell den notwendigen Spardruck besser aufrecht. Von den Auskunftspersonen ist argumentiert worden, eine nur einjährige Freigabe würde zwingend eine Rückweisung des Budgets bedingen und zudem verwaltungsintern auch einen erheblichen Mehraufwand zur Folge haben, weil die Budgetzah-

len nicht einfach halbiert, sondern die Beträge neu im reell anfallenden Jahr zugeordnet werden müssten. Zwischenzeitlich hat der Stadtrat zu dieser Thematik eine ausführliche Stellungnahme abgegeben. Wenn ich das richtig verstehe, relativiert er darin u. a. seine ursprüngliche Aussage bezüglich Rückweisung und anerkennt einjährige Budgets als reglementskonform und somit umsetzbar. Allerdings empfiehlt er weiterhin, auf diese Massnahme zu verzichten. Erwartungsgemäss am meisten Raum nahm die generelle Diskussion um den Steuerfuss und die vom Stadtrat beantragte Erhöhung auf 98 % ein. Aus der Kommission wurden dazu zwei Abänderungsanträge gestellt: Gefordert worden sind sowohl eine zusätzliche Erhöhung des Steuerfusses auf 100 % sowie auch eine Beibehaltung des bisherigen Steuerfusses von 94 %. In einer Vorabstimmung haben wir diese beiden Abänderungsanträge einander gegenübergestellt. Mit Stichentscheid des Präsidiums hat der Antrag auf Beibehaltung des Steuerfusses von 94 % obsiegt. Dieser ist im Anschluss dem stadträtlichen Antrag von 98 % gegenübergestellt worden. Wiederum mit Stichentscheid des Präsidiums reüssierte der Steuerfuss 94 %. In der Schlussabstimmung fasste die Kommission erneut mit 4 gegen 4 Stimmen, und somit zum dritten Mal mit Stichentscheid des Präsidiums, folgenden Beschluss: "Dem Einwohnerrat wird empfohlen, den Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde Aarau mit den Globalaufträgen der Produktgruppen sowie mit einem Steuerfuss von 94 % zu genehmigen." Angesichts der jeweils nur durch Präsidialentscheide gefallenen Mehrheitsbeschlüsse hat sich die FGPK entschieden, zwei Referenten zum Steuerfuss zu bestimmen. Für die Kommissionsmehrheit werde ich nun die Beweggründe darlegen. Die unterlegene Minderheit wird im Anschluss an meine Ausführungen von Oliver Bachmann vertreten. Die Beibehaltung des bisherigen Steuerfusses von 94 % erscheint aus folgenden Gründen gerechtfertigt: Die vom Stadtrat angedachten Sparmassnahmen werden als nicht effizient genug bewertet. Weiteres, auch längerfristig wirksames Sparpotenzial ist zweifelsfrei vorhanden. Bevor nicht alle Möglichkeiten komplett ausgeschöpft sind, ist keine Steuererhöhung, weder um 4, 6 oder sogar um weitere Steuerprozent, angebracht. Diese Massnahme wird als "Ultima Ratio" betrachtet. Im Gegensatz zu anderen Kommunen ist Aarau im Besitz eines stattlichen Nettovermögens. Ein Vermögensabbau aufgrund der prognostizierten Haushaltsdefizite ist einstweilen durchaus verkraftbar und muss im heutigen Zeitpunkt keinesfalls via steuerliche Mehrbelastung von Privaten und juristischen Personen aufgefangen werden. Zudem hat in der FGPK der direkte Vorjahresvergleich mit den aktuellen Steuereingängen per Ende August gezeigt, dass die budgetierten Erträge im laufenden Jahr erreicht werden können. Auch für das Budgetziel 2012 konnten ähnlich positive Aussagen gemacht werden. Der in den letzten Jahren in der Stadtkasse deutlich spürbare Steuerrückgang scheint sich wieder auf stabile Werte einzupendeln und führt somit zu vermehrter Planungssicherheit. Ein weiterer Pluspunkt, der für die einstweilige Beibehaltung des Steuersatzes 94 % spricht.

Oliver Bachmann: Die Minderheit der FGPK, die numerisch genau gleich gross wie die Mehrheit ist, aber an der Sitzung eben nicht den Stichentscheid hatte, hat sich entschieden, in einem FGPK-Minderheitsreferat ihre Haltung zum Steuerfuss darzulegen. Auf alle anderen Aspekte des Voranschlags 2012 werde ich nicht eingehen, da diese von der Präsidentin im Namen der gesamten FGPK schon dargelegt worden sind. Die FGPK-Minderheit ist der Ansicht, dass bei der finanziellen Lage der Stadt Aarau eine Erhöhung des Steuerfusses auf 100

%, mindestens aber auf die vom Stadtrat vorgeschlagenen 98 %, unbedingt nötig ist. Auf die finanzielle Schieflage der Stadt Aarau muss reagiert werden. Dies soll sowohl auf der Einnahmenseite, wie auch auf der Ausgabenseite geschehen. Sparen bedeutet meistens auch Leistungsabbau. Bei einem so tiefen Steuerfuss, wie wir ihn zurzeit in Aarau haben, ist es nicht verständlich, weshalb ausschliesslich auf der Ausgabenseite, also bei den Leistungen, der Hebel angesetzt werden soll und nicht auch bei der Einnahmenseite. Zudem soll das Vermögen aus der IBA-Verselbständigung aus unserer Sicht nicht in einer Generation getilgt werden. Eine Erhöhung des Steuerfusses auf 100 % ist die logische Fortführung der Argumentation des Stadtrats. Der Stadtrat argumentiert, dass mit der Erhöhung gerade jene Kosten abgedeckt werden können, die aufgrund kantonaler Entscheide neu auf die Stadt zukommen. Da unterdessen bereits klar ist, dass diese Zusatzkosten höher ausfallen, als bei der Budgetierung angenommen worden war, ist es nur konsequent, diesen Schätzungsfehler sofort zu beheben und eine Steuererhöhung von 6 % anstatt 4 % vorzunehmen. Daher fordert die FGPK-Minderheit, den Steuerfuss auf 100 % zu erhöhen. Sollte der Rat dazu nicht bereit sein, schlägt sie eine Erhöhung auf 98 %, gemäss dem Antrag des Stadtrats, vor.

Hans Fügli, Präsident Sachkommission: An ihrer Sitzung hat sich die Sachkommission mit dem Voranschlag 2012 beschäftigt. Als Auskunftspersonen sind der Kommission der Stadtmann, Herr Marcel Guignard, die Leiterin der Abteilung Finanzen und Liegenschaften, Frau Madeleine Schweizer, sowie der Controller, Herr Matthias Mundwiler, zur Verfügung gestanden. Am Anfang haben die Auskunftspersonen die Gesamtsituation der Finanzlage aufgezeigt, die sich im nächsten Jahr, und auch in den kommenden Jahren, merklich schlechter präsentieren wird, als dies in den vergangenen Jahren der Fall war. Die Überwälzung von namhaften Millionenbeiträgen vom Kanton zu den Gemeinden, u. a. für die Spitalfinanzierung, die Pflegefinanzierung und die Lehrpersonenbesoldung, belastet auch das Budget der Stadt Aarau massiv. Der Stadtrat beantragt deshalb eine moderate Steuerfusserhöhung von 4 %. Diese deckt die neuen gesetzlichen Kosten aber nicht. Mit dem Budget 2012 sind kurzfristige Massnahmen zur Entlastung dieses Missstandes aufgezeigt worden. Auch hat der Stadtrat vor, einen längerfristigen Prozess einzuleiten. Dieser Weg ist schon im Politikplan 2011 - 2015 aufgezeigt worden. In der Budgetberatung hat der Stadtrat das Budget der Laufenden Rechnung um insgesamt 3.1 Mio. Franken verbessert. Auch die Investitionen sollen um rund 3 Mio. Franken gekürzt werden. Über den langfristigen Prozess der Finanzplanung sollen die FGPK und die Sachkommission laufend orientiert werden, so die Auskunftspersonen. Nun zu Fragen und Antworten zu den einzelnen Produktgruppen: In der PG 20, Kultur, kommt der Verein T.u.T, der den OXER als Zwischennutzung betreibt, zusätzlich zu Subventionen. Im Jahr 2012 soll auf ein Kulturfest verzichtet werden. Diesen Entscheid finden wir gut. Wir denken, auch die Kulturschaffenden können gut damit leben. Auch das KIFF erhält mehr Geld. Die Auskunftspersonen weisen darauf hin, dass das KIFF ein Leuchtturm in der Kulturlandschaft Aargau ist und die Eigenfinanzierung des KIFF's mit 70 - 80 % immer noch sehr hoch sei. In der PG 22, KUK, weist die Kommission darauf hin, dass eventuell mit zusätzlichen kommerziellen Veranstaltungen Mehrerträge generiert werden könnten. Die Auskunftsperson möchte am bisherigen Schlüssel 40 % resp. 60 % festhalten. Die KUK-Kommission wird sich an ihren kommenden Sitzungen diesen Fragestellungen widmen und Vorschläge machen. Bei der PG 26, Sport, wollte die Kommission wissen, wer zusätzliche Förderbeiträge, gemäss Sportkonzept, bekomme. Die Auskunftspersonen hielten fest, dass mit dem neuen Sportkonzept, den Förderrichtlinien und der neuen Sportfachstelle die Sachlage geklärt sei und im Jahre 2013 genauer Auskunft gegeben werden könne, wie die Gelder verteilt wurden. In der PG 30, Schule, bleiben laut Auskunftspersonen die Wirkungs- und Leistungsziele gleich wie im Jahre 2011. Die Revision des Musikschulreglements sollte im 1. Semester 2012

dem Einwohnerrat vorliegen. Beim Projekt Schule Aarau-Kreisschule Buchs/Rohr stünden noch 2 mögliche Lösungen zur Diskussion. Da sind wir sehr gespannt auf die Resultate. Bei der PG 41, freiwillige Sozialarbeit, ist gefragt worden, weshalb der Midnight Sport Aarau gestrichen worden sei. Die Auskunftspersonen erklärten, dass die Teilnehmerzahl immer unterschritten worden sei, deshalb wurde der Beitrag gestrichen. Uns liegt heute dazu ja ein Antrag auf Wiederaufnahme ins Budget vor. In der FuSTA soll das Budget erhöht werden. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass die Qualität der Säuglingsbetreuung gesteigert worden sei, was zu einer Verteuerung geführt habe. Bei der PG 46, Alter, wollte die Kommission wissen, weshalb der Ertragsüberschuss im Jahr 2012 so viel geringer ausfalle, als im Jahr 2010. Die Auskunftsperson erklärten, dass die Abschreibungen im Altersheim Golatti massiv höher seien und dass dies mit der Erhöhung der Hoteltaxen nicht ausgeglichen werden könne. In der PG 50, Polizei, ist nach den doch tieferen Parkplatzgebühren in der Stadt, im Vergleich zu den privaten Parkplätzen, gefragt worden. Die Kommission bekam zur Antwort, dass eine Überprüfung in Arbeit und Mehreinnahmen in Sicht seien. Zur Investitionsrechnung ist nach den budgetierten 1 Mio. Franken für das FuSTA-Provisorium Strittengässli gefragt worden. Laut Auskunftspersonen sei eine schnelle Lösung für die Säuglingsbetreuung notwendig. Die Schulraumplanung könnte aber wegen der Umstellung auf das zukünftige System mit 6 und 3 Schuljahren noch eine Änderung erfahren. Dazu gäbe es eine Volksabstimmung im Jahre 2012. Eventuell sei dann noch eine neue Botschaft an den Einwohnerrat nötig. In der Schlussdiskussion ist die Arbeit des Stadtrates mehrheitlich gewürdigt worden. Er versuchte, uns ein Budget zu präsentieren, das einerseits Einsparungen vorsieht und andererseits auch neue Einnahmequellen erschliessen will. Zum Steuerfuss waren sich die Mitglieder jedoch nicht einig. Das führte zu einer kontroversen Diskussion. Die einen befürworteten eine Erhöhung klar, da die gesetzlichen Kosten doch stark steigen werden. Man hätte den Steuerfuss gar nie senken sollen, dann müsste jetzt auch nicht über eine Erhöhung debattiert werden, war die Meinung eines Kommissionsmitgliedes. Für die anderen sollte man die Finanzierung der zusätzlichen Belastungen anders regeln, also ohne Erhöhung des Steuerfusses. Die Sachzwänge werden immer grösser, also braucht es in Zukunft eine Überprüfung der Leistungen der Stadt an seine Bürger und Bürgerinnen. Zur Abstimmung: Die Sachkommission empfiehlt dem Einwohnerrat mit 7 zu 2 Stimmen, den Voranschlag 2012 mit den Globalaufträgen der Produktgruppen mit einem Steuerfuss von 98 % zu genehmigen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Es liegt ein **Rückweisungsantrag** der SVP vor. Dieser lautet wie folgt:

Die SVP stellt den Antrag auf Rückweisung des Voranschlags 2012, verbunden mit dem Auftrag an den Stadtrat, einen neuen, überarbeiteten Voranschlag 2012 vorzulegen. In dieser Neuvorlage soll das vorhandene Sparpotential weiter ausgeschöpft und der Steuerfuss unverändert bei 94 % belassen werden.

Jürg Schmid: Gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, euch die Gründe darzulegen, welche die Fraktion der SVP Aarau Rohr zum Rückweisungsantrag und dem damit verbundenen Auftrag an den Stadtrat bewogen hat. Ein Blick in den Politikplan 2011 - 2015 zeigt das Bild der Entwicklung von Selbstfinanzierung und Nettoinvestitionen über die letzten 15 Jahre. Bis 2008 gab es nur ganz wenige Jahre, in welchen die Investitionen die Selbstfinanzierung überwogen haben. Da wurde ein grosses Vermögen angehäuft, von welchem noch heute deutliche "Spuren" zu finden sind. Dass sich dabei auch ein Investitionsstau aufbaute, dürfte wohl nicht ganz jeder bzw. jedem verschlossen geblieben sein. Die Einnahmen sprudelten ja - zwar eher unerwartet - und man wird sich die kommenden Investitionen dann schon leisten können. Im

2009 intensiviert sich die Investitionstätigkeit. Praktisch alle Begehren fanden im Einwohnerrat grössere oder kleinere Mehrheiten. Der Selbstfinanzierungsgrad fiel seither in den tiefen zwei- resp. sogar einstelligen Prozentbereich. Allerdings erhöhten sich nicht nur die Investitionskosten, sondern der absolute Betrag der Selbstfinanzierung reduzierte sich gleichzeitig auch stark. Nach unserer Auffassung führten zwei Hauptgründe zur Reduktion der Selbstfinanzierung: 1. Im Jahre 2009 kam es zu einem regelrechten Einbruch bei den Aktiensteuern, welche sich in den Vorjahren überdurchschnittlich positiv entwickelt hatten. Eine Gegenbewegung ist bisher leider ausgeblieben. 2. Der Aufwand der Stadt Aarau erhöhte sich - wohl auch im Gefolge der sprudelnden Steuereinnahmen - in den letzten Jahren massiv. Die Steigerung des Personalaufwands zwischen 2001 und 2009 (vor Eingemeindung Rohr) beläuft sich auf 8,2 Mio. Franken oder 24 %, beim Sachaufwand sind es gar 8,4 Mio. Franken oder 47 %. In derselben Periode nahm die Bevölkerung um 784 Personen oder 5 % zu. Die Konsequenz daraus beschreibt Gruber & Partner im letzten Revisionsbericht. Im Jahr 2010 liegt der Nettoaufwand in Aarau pro Einwohner bei 3'150 Franken und somit rund 250 Franken höher als in Baden. Betreffend Investitionen ist zu sagen, dass das diesbezügliche Budget für uns klar überladen ist. Zwar wurde in der Vergangenheit mit Steuerüberschüssen ein gewisses Vermögen aufgebaut. Dazu kam noch der Effekt der Überführung der IBA in eine Aktiengesellschaft. Trotz diesem vermeintlich grossen Vermögen müssen wir uns auf die absolut notwendigen Projekte beschränken. Dies gilt nicht nur für die Objekte an sich, sondern auch für die Ausführung derselben. Nur so können wir sicherstellen, dass das Vermögen auch ausreicht. Zudem sind die zukünftigen laufenden Kosten aus den Investitionen unbedingt in die Entscheidung mit einzubeziehen. Eine weitere Reduktion der Selbstfinanzierung führt in der Zukunft zu einem Engpass beim Bestreiten des laufenden Haushaltes, was unbedingt zu vermeiden ist. Betreffend laufender Rechnung: "Der Stadtrat zieht die Notbremse" stand in der AZ vom 28. September 2011 zu lesen. Zwar liest man in Protokollen und Berichten und auch in der Zeitung darüber, wie angeblich bereits im Budget 2012 gespart worden ist. Bei diesem "Zahlensalat" verliert man allerdings schnell den Überblick. Gespart ist nicht, wenn ich einen Budgetwunsch um 10 % kürze. Gespart ist erst, wenn die Kosten der laufenden Periode gegenüber der Vorperiode geringer ausfallen. Im vorliegenden Budget ist zu lesen, dass die Steigerung des Nettoaufwandes 1,8 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr beträgt. Berücksichtigt man dabei, dass sich die Steigerung der gesetzlichen Beiträge auf 2,2 Mio. Franken belaufen, und dabei habe ich die zusätzlichen 1,2 Mio. Franken noch nicht berücksichtigt, kann man daraus schliessen, dass höchstens 400'000 Franken als gespart bezeichnet werden können. Zum Vergleich: Die Steigerung des Nettoaufwandes in der Periode 2005 - 2009 belief sich, gemäss Gruber Partner, auf über 10 Mio. Franken. Im Juni hat der Einwohnerrat in einer Planungserklärung den Stadtrat beauftragt, spätestens im Budget 2013 Massnahmen zu berücksichtigen, welche im Vergleich zum Nettoaufwand von 2010 eine Einsparung von 3 Mio. Franken ergeben. Gemäss Protokoll aus der FGPK vom 21. September 2011 wurde diese Vorgabe im Budget 2012 noch nicht berücksichtigt. Wir stellen uns ernsthaft die Frage, wie dieser Auftrag in einem Jahr umsetzbar sein soll, wenn heute nicht einmal ein Teil davon angegangen worden ist. Gemäss einschlägiger Lehre gibt es drei Kernaufgaben öffentlicher Institutionen. Diese betreffen die Bereiche Sicherheit, Infrastruktur und Bildung. Ich frage euch: Ist es unter den heutigen Umständen vertretbar, dass die nachfolgenden, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, beschriebenen Fälle im Voranschlag 2012 Eingang finden? Zum Beispiel PG 20, Kultur: Erhöhung der Beiträge an Institutionen gegenüber dem Voranschlag 2011 um total 135'000 Franken oder über 10 % im Vergleich zum Vorjahr. PG 21, Stadtmuseum Schlössli: Das Museum wird, gemäss Bemerkungen, für eine gewisse Zeit geschlossen. Die sehr geringen Einnahmen halbieren sich, die Kosten bleiben praktisch unverändert. Als Begründung wird der Umzug infolge Neubau genannt. Unseres Erachtens gehören Massnahmen infolge

Neubaus doch in den entsprechenden Projektkredit. PG 22, KUK: Das Budget resp. die Aktivitäten der Vorperioden werden hier einfach fortgeführt. Dies bedeutet rund 600'000 Franken Netto- bzw. 2,6 Mio. Franken Vollkosten. Das wären übrigens 4 Steuerprozent. Diese werden ausgegeben ohne Andeutung einer Massnahme zur Eindämmung. Wenn man sich schon auf den Beschluss des Einwohnerrats zum Betrieb dieser Institution als Grundlage abstützt, so ist das formell sicher in Ordnung. Wir würden von einer wirkungsorientierten Verwaltung halt einfach auch mindestens einen Vorschlag erwarten, wie man das Kosten-/Ertragsverhältnis verbessern könnte. PG 26, Sport: Dem neu eingestellten Sportkoordinator wird ein zusätzliches Budget von 52'500 Franken zum Weiterverteilen zugestanden. Uns fehlen im vorliegenden Voranschlag ganz klar konkrete Zeichen des Spar- und Umsetzungswillens durch die Exekutive. Geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen, mit unserem Rückweisungsantrag wollen wir dem Stadtrat und der Verwaltung nochmals etwas Zeit einräumen, für 2012 Reduktionspotenziale zu finden und mittels geeigneter Massnahmen umzusetzen. Als Basis sind einige mögliche Ansätze bereits erwähnt worden, weitere Hinweise sind diversen Anträgen zu den einzelnen Produktgruppen zu entnehmen. Damit nur die Vorgaben der Planungserklärung spätestens per 2013 umgesetzt werden können, braucht es schon im 2012 eingeleitete Massnahmen zur Reduktion des Aufwands. Nach unserer Auffassung ist das Kostensenkungspotenzial im vorliegenden Voranschlag überhaupt nicht ausgeschöpft worden. Es gehört sich deshalb einfach nicht, in der heutigen Situation, den vermeintlich einfachsten Weg zu wählen und zuallererst vom Steuerzahler mehr Beiträge einzufordern. Zuerst sind Massnahmen zu wirksamen Kostensenkungen aus der Verwaltung gefordert. Entsprechend stellt die SVP-Fraktion diesen Antrag auf Rückweisung des Voranschlags 2012.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir eröffnen nun die Diskussion zu diesem Rückweisungsantrag.

Ueli Hertig: Es werden die meisten im Saal verstehen, dass unsere Fraktion an der Sparwut und den Anträgen der bürgerlichen Parteien keine Freunde hat. Unsere Fraktion könnte dieses Budget mehrheitlich unterstützen, denn es sieht auf der Ausgabenseite Kürzungen und auf der Ertragsseite eine Steuererhöhung vor, ist also recht ausbalanciert. Mit WOSA hat der Einwohnerrat Ja zu einem Systemwechsel und zu neuen Spielregeln gesagt. Mit der WOSA-Motion oder einer Planungserklärung hat der Einwohnerrat die Möglichkeit, frühzeitig auf die Globalaufträge Einfluss zu nehmen; frühzeitig heisst, spätestens 9 Monate vor Beginn des neuen Globalauftrages, also spätestens jeweils Ende März. Wir sind der Meinung, dass diese Spielregeln eingehalten werden sollten. Gemäss § 18 können, in gegenseitigem Einvernehmen zwischen Einwohnerrat und Stadtrat, Vorgaben jederzeit geändert werden, wenn sich die Verhältnisse grundlegend verändert haben und dies nicht voraussehbar war. Aus unserer Sicht haben sich die Verhältnisse nicht grundlegend verändert und waren voraussehbar. Bei den globalen Kürzungen, wie sie nun vorgeschlagen werden, müsste auch klar ersichtlich sein, was das für Auswirkungen auf der Leistungsseite hat. Das ist wiederum eine Spielregel, die uns WOSA vorgibt. Deshalb unterstützt unsere Fraktion den Rückweisungsantrag, damit der Stadtrat klar aufzeigen kann, welche Auswirkungen diese Kürzungen hätten. Oder gibt es sogar Kürzungsanträge, die durch Leistungsvereinbarungen oder andere Zusicherungen gar nicht möglich wären? Dazu wäre es sicher nochmals sinnvoll, wenn der Stadtrat genau aufzeigt, wo im Budget bereits gespart wurde und welche Leistungen bereits abgebaut worden sind. Wenn nun das Budget zurückgewiesen wird, soll uns der Stadtrat aber aufzeigen, ob auch Mehrerträge zu generieren sind. Ich denke da zum Beispiel an höhere Dividenden erträge bei der IBAarau AG und vielleicht gibt es auch noch andere Möglichkeiten. Und zuletzt erwarten wir, dass uns der

Stadtrat einen Steuerfuss vorschlägt, der längerfristig Bestand hält und die Finanzlage der Stadt Aarau stabilisiert.

Marcel Guignard, Stadtammann: Für den Stadtrat ist die Flut der eingegangenen Anträge zum Budget 2012 beeindruckend. Es liegen rund 50 Anträge vor. Zumindest ein Teil der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte ist offenbar der Auffassung, dass das Budget 2012 in der Form, wie es vom Stadtrat beantragt wird, nicht akzeptabel ist und deshalb "nachgebessert" werden muss. Deshalb soll heute eine Rückweisung beschlossen werden. Lassen Sie mich dazu etwas sagen: Auch aus der Optik des Stadtrates ist das Budget 2012 nicht erfreulich. Mit der an der Einwohnerratssitzung vom 19. September 2011 angekündigten Erhöhung bei den Beiträgen an die Spitalfinanzierung wird die Selbstfinanzierung im Jahr 2012 bei rund 4,5 Mio. Franken liegen. Diese Selbstfinanzierung entspricht in etwa der Prognose im Politikplan 2011 - 2015. Dort hat der Stadtrat 4,6 Mio. Franken erwähnt. Leider deckt die vorgeschlagene Steuerfusserhöhung um 4 % nicht einmal die zusätzlichen gesetzlichen Kosten, die gegenüber dem Vorjahresbudget angekündigt worden sind: Die Mehrkosten belaufen sich, mit erhöhtem Beitrag an die Spitalfinanzierung, auf 3,3 Mio. Franken, der Mehrertrag aufgrund der Steuererhöhung dürfte bei 2,4 Mio. Franken liegen. Kann man aus diesen Zahlen schliessen, dass der Stadtrat die Planungserklärung "Reduktion des Nettoaufwandes um 3 Mio. Franken bis Ende 2013" nicht ernst nimmt? Das ist der Vorwurf, welcher dem Stadtrat gemacht wird. Da möchte ich einfach an den Zeitablauf erinnern: Die Planungserklärung ist am 20. Juni 2011 vom Einwohnerrat überwiesen worden. Die Frist zur Einreichung der Budgets ist intern am 17. Juni 2011 abgelaufen. Die Budgetrichtlinien sind vom Stadtrat Ende März 2011 verabschiedet worden. Der Stadtrat hat das Budget 2012 in einer ersten Lesung nach den Sommerferien, also Mitte August, beraten. Die zweite Lesung hat anfangs September stattgefunden. Mit diesem Zeitplan liegt es auf der Hand, dass die Umsetzung der Planungserklärung, welche notabene das Ende des Jahres 2013 avisiert, aus dem Budget 2012 nur bedingt ablesbar ist. Welche Handlungsspielräume hat der Stadtrat für die Umsetzung der Planungserklärung? Der Aufwand der Stadt Aarau hat in der Rechnung 2010 rund 137 Mio. Franken betragen. Davon fallen schon rund 46 Mio. Franken auf "Eigene Beiträge" bzw. auf "Entschädigungen an Gemeinwesen". Das sind zur Hauptsache gesetzliche Beiträge und Ausgaben für die gesetzliche Sozialhilfe, aber auch Beiträge an Institutionen wie Spitex, Fusta, ZDA, VAS etc. Diese Beiträge sind entweder gesetzlich oder vertraglich gebunden und überhaupt nicht, oder zumindest nicht kurzfristig, beeinflussbar. Einzig die Beiträge in den Bereichen Kultur, Sport und Soziales könnten kurzfristig geändert werden, das ist unbestritten. Die Abschreibungen, Fondseinlagen der Eigenwirtschaftsbetriebe, internen Verrechnungen und Passivzinsen machen weitere 19 Mio. Franken aus. Auch hier besteht kein Handlungsspielraum. Es bleiben somit vor allem der Personal- und der Sachaufwand von 72 Mio. Franken, welche beeinflussbar sind. Allerdings sind davon fast 20 Mio. Franken auf die Eigenwirtschaftsbetriebe zurückzuführen. Der Anteil am Personal- und Sachaufwand, der aus Steuergeldern finanziert wird, hat in der Rechnung 2010 bei rund 50 Mio. Franken gelegen. Beim Personal können Stellen nicht besetzt oder Kündigungen ausgesprochen werden. Das haben wir nicht gemacht, das ist so. Den Sachaufwand hat der Stadtrat auf dem Niveau der Rechnung 2010 stabilisiert. Gegenüber dem Voranschlag 2011 hat er ihn um 1,4 Mio. Franken reduziert. Der Stadtrat hat bereits mit dem Politikplan 2011 - 2015 kommuniziert, dass er die Stabilisierung des Finanzhaushaltes auf verschiedenen Ebenen vorantreiben will, einerseits mit kurzfristigen Massnahmen, eben z. B. im Budget 2012, aber auch mit dem vor den Herbstferien angekündigten "längerfristigen Prozess". Der Stadtrat hat zum längerfristigen Prozess nach der 2. Budgetlesung, und zwar am 19. September 2011, eine Klausur durchgeführt, das wissen Sie ja bereits. An dieser Klausur und als Einstieg für diesen längerfristigen

Prozess hat sich der Stadtrat in Bezug auf die Selbstfinanzierung, den Steuerfuss, die Investitionen und das Vermögen Ziele gesetzt und diese dem Einwohnerrat auch schriftlich mitgeteilt. Dieses Projekt nennen wir "stabilo". Mit "stabilo" wird der Stadtrat in einer nächsten Phase die Handlungsspielräume erarbeiten, die bei den Leistungen bestehen, welche die Stadt anbietet. Gestützt auf diese Handlungsspielräume wird er pro Produktgruppe konkrete Stabilisierungsziele beschliessen. Also soll es nicht eine generelle Kürzung um 5 % bei sämtlichen Produktgruppen geben, wie das in einem angekündeten Abänderungsantrag verlangt wird. Der Stadtrat will, dass erste Massnahmen aus diesem Prozess im Politikplan 2012 - 2016 sichtbar werden. Damit die anvisierten Ziele erreicht werden können, braucht es Massnahmen, welche die Strukturen und die Leistungen verändern. Das ist nicht so schnell durchführbar und braucht auch eine intensive politische Auseinandersetzung nicht nur im Stadtrat, sondern auch im Einwohnerrat. Es braucht eine einlässliche Auseinandersetzung mit den einzelnen Produktgruppen. Der Stadtrat will keine kurzfristige "Rasenmäherübung". Es braucht einen transparenten Prozess, der die positive Entwicklung der Stadt nicht unterbindet. Sie wissen auch, dass man für den Steuerfranken in der Stadt Aarau relativ viel bekommt, wenn man das mit anderen Gemeinden vergleicht. Ein solcher Prozess kann nicht über die Sommerferien durchgezogen werden. Der Stadtrat hat deshalb über die Sommerferien auch keine Stellen gestrichen. Er hat auch keine Verträge mit Dritten aufgekündigt. Es bestehen viele solcher Verträge, aber die können nicht innerhalb eines Monats aufgelöst werden. Trotzdem hat der Stadtrat bereits im Budget 2012 Massnahmen ergriffen. Da man den Eindruck hat, diese Massnahmen seien zu wenig tiefgreifend, wiederhole ich sie gerne noch einmal: In den Budgetberatungen hat der Stadtrat das Budget der Laufenden Rechnung um insgesamt 3,1 Mio. Franken verbessert. Es geht hier teilweise um Mehrerträge, aber auch um Streichungen, unter anderem aufgrund von Sparvorschlägen der Abteilungen. Für die Umsetzung weiterer Sparvorschläge sind Entscheide Dritter nötig, zum Beispiel bei der Frage, wer Beiträge bezahlt beim Roggenhausen. Mit diesen Massnahmen, und das möchte ich hier noch einmal unterstreichen, hat der Stadtrat erreicht, dass der Nettoaufwand im Budget 2012 ohne die gesetzlichen Mehrbelastungen unter demjenigen des Budgets 2011 liegen würde. Auch in der Investitionsrechnung hat der Stadtrat die für das Jahr 2012 vorgesehenen Nettoinvestitionen gegenüber dem Politikplan reduziert. In der Zwischenzeit haben Sie auch zu einem ganz konkreten Projekt aus der Investitionsrechnung, nämlich der polysportiven Mantelnutzungen, eine Vorlage erhalten. Der Stadtrat hat immer transparent aufgezeigt, was er bereits unternommen hat und was er in welcher Frist erreichen will, um den Finanzhaushalt wieder zu stabilisieren. Aus Sicht des Stadtrates macht es Sinn, kurzfristige Massnahmen mit einem längerfristigen Prozess zu kombinieren: Je länger der Betrachtungshorizont ist, desto grösser ist der Spielraum und desto mehr Ausgaben sind beeinflussbar. So sind z. B. für die Kündigung von Verträgen oder Leistungsaufträgen Fristen einzuhalten. Das braucht einen einlässlichen Prozess, der bereits angestossen ist und welcher durchgeführt werden soll. Aus diesen Gründen bittet Sie der Stadtrat, auf das Budget 2012 einzutreten und es nicht zurückzuweisen. Eine Rückweisung hätte unter anderem zur Folge, dass sich der Stadtrat dem neuen Budget wieder widmen müsste, das ist klar. Es kann nicht alles gemacht werden, obwohl Sie sagen, es bestünden noch viele Vakanzen. Der Stabilisierungsprozess, welchen wir jetzt wirklich durchführen möchten, kann nicht parallel zu einer Budgetdebatte gemacht werden. Es wird also eine gewisse Verzögerung geben. Wenn ich jetzt höre, dass auch Pro Aarau den Rückweisungsantrag der SVP unterstützt, wird es für den Stadtrat relativ schwierig zu wissen, was schlussendlich der genaue Auftrag ist. Wenn es aus einer Ratshälfte heisst, es solle so gespart werden, wie die Anträge vorliegen, meint die andere Ratshälfte, es solle einfach generell gestrichen werden. Bei den vorliegenden Verhältnissen, bei denen es für den Entscheid auf einen oder zwei Krankheitsfälle im Einwohnerrat ankommt, ist es bei einer Rückweisung relativ schwierig, zu

eruieren, was der Einwohnerrat eigentlich wirklich gewünscht hat. Wollte er nur eine Begründung erhalten, um zu sehen, wie sich die Streichungen auswirken würden, welche die andere Ratsseite beantragte oder möchte er effektiv einfach, dass gestrichen wird? In diesem Falle wäre die Botschaft eigentlich klar. Es ist relativ heikel, wenn sich solche Mehrheiten für eine Rückweisung finden, weil unklar ist, was denn tatsächlich der Auftrag für die Rückweisung ist. Der Stadtrat empfiehlt Ihnen deshalb, auf den Voranschlag 2012 einzutreten, in der Ausmarchung Ihrer Mehrheitsverhältnisse dann konkret die einzelnen Positionen kritisch zu beleuchten und bis zum Thema Steuerfuss die Auseinandersetzung zu führen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Rückweisungsantrag der SVP:

*Der Rückweisungsantrag wird mit 32 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen **angenommen**.*

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Der Einwohnerrat wird darüber informiert werden, an welcher Einwohnerratssitzung dieses Geschäft wieder behandelt wird. Voraussichtlich erfolgt das an der Sitzung vom Dezember 2011. Welche Traktanden dann noch behandelt werden können, ist noch unsicher. Das Ratsbüro wird den Einwohnerrat darüber auf dem Laufenden halten. Ich komme nun bereits zu einigen Schlussbemerkungen: Am 29. Oktober 2011 findet die Einweihung der neuen Altstadtgassen statt. Dazu haben alle eine Einladung erhalten. Das Programm mit vielen Attraktionen beginnt um 9.00 Uhr. Der offizielle Festakt mit anschliessendem Apéro findet um 17.00 Uhr statt. Am 5. November wird der Informations- und Erlebnisanlass "Früheffekt" im Pestalozzischulhaus zwischen 10.00 und 14.00 Uhr durchgeführt. Es handelt sich um ein Projekt der Fachstelle "Kind und Familie" der Stadt Aarau. Zum Schluss wünsche ich nun allen noch einen schönen, langen Abend.

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Die Präsidentin:



Angelica Cavegn Leitner

Der Protokollführer:



Stefan Berner